mehr als der Hälfte des Bruttoinlandsprodukts entsprachen, um in die Immobilienblase zu investieren“, sagt der irische Zentralbankchef Patrick Honohan.

Den Iren wurde das billige Geld geradezu aufgedrängt. Banker rieten ihren Kunden, überteuerte Apartments zu 120 Prozent zu finanzieren – mit dem Rest sollten sie in Urlaub fahren und sich ein neues Auto kaufen. Die Finanzkrise setzte dem Treiben ein Ende, von einem Tag auf den anderen kam der Boom zum Erliegen. Zuerst wurden die deutschen Architekten und die polnischen Bauarbeiter nach Hause geschickt. Mittlerweile sind auch fast 14 Prozent der Iren arbeitslos.

Jetzt wissen viele nicht, wie sie die Zinsen für ihre Hypotheken tragen sollen. Und die Banken haben Unmengen von Darlehen in ihren Büchern, die nicht mehr bedient werden.

„Jeder kämpft mit den Banken“, sagt Installateur Alan Byrne grimmig. Er steht mit zurückgegeltem braunem Haar und grünem „Ireland“-T-Shirt vor seinem Haus in einem der Außenbezirke von Dublin und schaut auf die gegenüberliegende Straßenseite, wo mehrere Häuser nie bezogen wurden. Vom Schlafzimmer aus blickt Byrne auf Bodenplatten aus Beton und Ziegelmauern halbfertiger Häuser, die die Immobiliengesellschaft nicht mehr verkaufen konnte. „Das ist eine Geisterstadt“, sagt der Unternehmer, der mit dem Verkauf von Fliesen und Toiletten zu Geld kam.

Auch ihn schmerzen die Hypothekenzinsen. Wie so viele in der irischen Mittelschicht hofft Byrne, dass es irgendwie weitergeht. Aber die Wirtschaft schrumpft, auch weil die Regierung bei den Ausgaben brutal abbauen musste. Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor wurden um bis zu 15 Prozent gekürzt. Gut 3 Milliarden Euro wurden eingespart.

DIMITRI MESSINIS / AP

Parlamentsgebäude in Athen
„Jeder kämpft mit den Banken“

Aber was sind 3 Milliarden gegen 20, 30 oder gar 40 Milliarden Euro, die eine einzige Bank den Staat kostet? In diesem Jahr wird das Staatsdefizit auf weit über 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen, viel höher als in Griechenland. Und da sind die Ausgaben für die Bank bisher nur zu einem kleinen Teil berücksichtigt. Anfang Oktober will die Regierung endlich offenlegen, wie hoch die Rechnung für die Anglo Irish Bank tatsächlich wird.

Bisher wurden die Reformen akzeptiert. Das könnte sich ändern. Im Dezember, bei der Aufstellung des Haushalts für das kommende Jahr, muss die Regierung ähnlich radikale Maßnahmen wie in Griechenland ergreifen, um auf dem internationalen Kapitalmarkt weiter Kredite zu bekommen.

Es kann gut sein, dass die Preise für Immobilien und die Löhne der Iren noch viel stärker sinken müssen. „Wir müssen noch 20 Jahre für die Dummheiten der Banker zahlen“, weiß Byrne mittlerweile.

Es kann aber auch sein, dass selbst das nicht ausreicht – und der Euro-Rettungsfonds helfen muss. CHRISTOPH PAULY

Sanktionen aus Brüssel

Die EU-Kommission will die Mitgliedsländer an die Kandare nehmen: Unsolides Wirtschaften wird bestraft.

Schärfere Kontrollen müssen her! Das zumindest glaubt EU-Währungskommissar Olli Rehn. Um der schlingernden Währungsunion wieder Halt zu geben, will er die Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU-Staaten, vor allem aber der Euro-Länder, künftig deutlich genauer beaufsichtigen. Wer auffällig wird, muss mit Sanktionen rechnen.

Staaten mit chronischen Überschüssen oder Defiziten in ihrer Leistungsbilanz sollen danach eine jährliche Strafe von 0,1 Prozent ihrer Jahreswirtschaftsleistung (BIP) zahlen, weil sie die Stabilität der Euro-Zone gefährden. Das geht aus einem Verordnungsentwurf aus Rehns Behörde hervor.

Länder mit Ungleichgewichten sollen frühzeitig verwarnt und an den Pranger gestellt werden. Bei anhaltender Schieflage in der Leistungsbilanz bekommen sie von der Kommission politische Empfehlungen für die Finanz- und Wirtschaftspolitik, aber auch für die Lohnentwicklung und strukturelle Reformen.

THIERRY ROGE / REUTERS

Währungskommissar Rehn
Schuldenbremse für alle

Alle EU-Staaten müssen nach Rehns Plänen in Zukunft bindende finanzpolitische Regeln nach dem Vorbild der deutschen Schuldenbremse und der mittelfristigen Finanzplanung installieren. Die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts müssten „in nationales Recht übernommen werden“.

Die Kommission selbst will bei ihrer Haushaltsüberwachung demnächst genauer hinschauen. Sie führt ein neues „Prinzip vorsichtiger Haushaltsführung“ ein. Es verpflichtet die Länder dazu, dass ihre Etats nicht stärker zulegen dürfen als das Wirtschaftswachstum. Droht ein Land vom Pfad solider Staatsfinanzen abzuweichen, muss sein Etatplus sogar deutlich geringer ausfallen als das Wirtschaftswachstum.

Die EU-Kommission will zudem stärker als bisher darauf achten, dass die Mitgliedstaaten ihren Schuldenstand energisch in Richtung der zulässigen Obergrenze von 60 Prozent vom BIP zurückfahren. Verstößt ein Land ständig gegen dieses Limit oder hat es über Jahre ein Haushaltsdefizit von mehr als drei Prozent, muss es von Beginn des dann fälligen Defizitverfahrens an ein unverzinsliches Strafpfand in Höhe von 0,2 Prozent des BIP hinterlegen.

Bekommt es seinen Etat in den Griff, erhält es sein Geld zurück. Versagt die Regierung, behält die Kommission das Pfand als Strafzahlung ein. Die Mitgliedstaaten wurden über die Pläne bereits unterrichtet, an diesem Mittwoch will Rehn die Öffentlichkeit informieren. CHRISTIAN REIERMANN